

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 21 80 38/39
Telefax: 8 88 848 ppbn d
Telefax: 21 08 64

Inhalt

Florian Gerster MdB
berichtet über die ame-
rikanische Haltung zur
deutschen Einigung:
"Bush fühlt sich nicht
übergangen"

Seite 1

Uwe Lambinus MdB
erinnert an die Arbeiter-
Olympiade von 1925:
Die Friedensaufgabe
des Sports

Seite 2

Ernst Haar MdB ver-
langt eine rasche und
gründliche Umkehr in
der Verkehrspolitik:
Ohne Schienenausbau
kein Aufschwung

Seite 3

Dokumentation:

Der niedersächsische
Kultusminister Prof. Rolf
Wernstedt hat auf einer
Tagung der Bun-
deszentrale für politi-
sche Bildung sein Kon-
zept zur politischen Bil-
dung in Deutschland
dargelegt. Wir doku-
mentieren seinen Vor-
trag im Wortlaut (Teil I)

Seite 4

45. Jahrgang / 140

25. Juli 1990

"Bush fühlt sich nicht übergangen" Aktuelle Eindrücke aus Washington

Von Florian Gerster MdB

"Bush fühlt sich nicht übergangen": mit dieser Schlagzeile in der New York Times als Reaktion auf die deutsch-sowjetischen Vereinbarungen zum außenpolitischen Rahmen der deutschen Einheit wird die amerikanische Einsicht deutlich, im West-Ost-Verhältnis an Gewicht verloren zu haben. Das offizielle Washington war von Zeitpunkt und Tragweite der deutsch-sowjetischen Vereinbarungen offensichtlich überrascht. Kluge Gesprächspartner aus Politik und Wissenschaft konstatieren den Übergang zur "multipolaren" Welt.

Einerseits. Andererseits aber ist das amerikanische Interesse an der Vereinigung Deutschlands ungeteilt und positiv. Wenn in den Vereinigten Staaten ein außenpolitisches Ereignis die Schwelle der Gleichgültigkeit überwunden hat, ist das Engagement und der Wissensdurst groß. Das gilt für die Mehrheit der amerikanischen Bürger seit dem Fall der Berliner Mauer.

Die Unterstützung der Bush-Administration für den Prozeß der deutschen Vereinigung war von Anfang an eindeutig. Verschiedene ideologische Lager, unterschiedliche Interessen sind - auch nach Auskunft deutscher Diplomaten - nicht auszumachen.

Voraussetzung für diese enge und freundschaftliche Partnerschaft war - da sollten wir uns nichts vormachen - das grundlegende deutsche Einverständnis mit der NATO-Einbindung Deutschlands auch nach der Vereinigung. Die NATO als einzig dauerhafte Klammer zwischen den USA und Deutschland / Europa betonen alle Gesprächspartner auf dem Capitol Hill, im State Department und im Pentagon. Gegenüber perspektivischen Umbau-Plänen für das westliche Bündnis herrscht spürbare Skepsis.

KSZE-Strukturen kommen bestenfalls als Ergänzung des Atlantischen Bündnisses, keinesfalls aber zur Ablösung der Bündnisse in Betracht. Zukunftspläne für die NATO, für ein europäisches Sicherheitssystem? Aus amerikanischer Sicht ist ein starkes Gegengewicht zur Sowjetunion noch lange nötig.

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus I/217
5300 Bonn 1, Postfach 120408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
inkl. zuzügl. MwSt und Versand.

Verfügbar Online
mit unserer Redaktions-
Korrespondenz



Wenig verändert scheint auch das amerikanische Vertrauen in die atomare Abschreckung. Weniger Atomwaffen: Ja - aber weiterhin welche in Deutschland und Europa. "No nukes, no troops"? Aus deutscher, sozialdemokratischer Sicht: Verminderte Truppen ja, Atomwaffen im zukünftigen Deutschland nein!

Die amerikanische Verteidigungspolitik im Sommer 1990 wird von dem exorbitanten Defizit im Haushalt 1991 bestimmt. Die Hälfte der Kürzungen muß aus dem Verteidigungshaushalt kommen. Sam Nunn, der Vorsitzende des Verteidigungsausschusses im Senat, hat Einsparungen in Höhe von 18 Milliarden Dollar vorgeschlagen.

So werden auch die aktuellen Pläne zum Truppenabbau mehr vom Zwang zum Sparen als von dem Stand der Abrüstungsverhandlungen bestimmt. Für den vorgesehenen Truppenabbau in Europa hat General Galvin eine Liste erarbeitet, die die Schließung von militärischen Einrichtungen und Standorten nach folgenden Kriterien enthält:

1. Übungsmöglichkeiten für die Streitkräfte
2. Anbindung an einen Flugplatz
3. Militärische Infrastruktur
4. Politisches Umfeld.

Standorte mit positiven Werten in allen Faktoren sollen erhalten werden, andere stehen zur Disposition. Diese geheime Liste ist bereits fertig - genauso wie ein Maßnahmenkatalog zur Einschränkung des militärischen Tiefflugs über Deutschland mit der Auflösung der 75-Meter-Tiefflug-Gebiete und der allgemeinen Anhebung der Mindestflughöhe auf über 150 Meter über Grund.

Das "operative Minimum" einer militärpolitisch sinnvollen Präsenz von US-Streitkräften in Deutschland auf längere Sicht geben sachkundige Gesprächspartner mit 70.000 Soldaten an: 50.000 im Heer (etwa ein US-Korps) und 20.000 Luftwaffensoldaten.

Nach einer Konsultationsphase mit der deutschen Seite sollen bereits im Herbst 1990 die ersten Entscheidungen über den Truppenabzug aus Deutschland fallen. Die Abstimmung dieser Maßnahmen mit der Bundeswehrplanung kann nicht sehr eng sein: Alle einschlägigen Fragen nach deutschen Truppenreduzierungen verweist die Bundesregierung auf das nächste Jahr - nach der Bundestagswahl.

Der Eindruck drängt sich auf, daß die Planung des Teil-Abzugs von US-Truppen bereits weiter gediehen ist, als in der Bundesrepublik wahrgenommen wird. Die Vertretung deutscher Interessen wäre wirksamer, wenn sich die Bundesregierung um eine frühzeitige Abstimmung und Bündelung regionaler Interessen und um einen eindeutigen Prioritäten- und Kriterienkatalog gegenüber den amerikanischen Entscheidungsträgern bemüht hätte.

Ein Abgeordneter aus dem Verteidigungsausschuß des Repräsentantenhauses unterbrach meine Schilderung rheinland-pfälzischer Interessen mit dem Hinweis auf militärische Einrichtungen und damit verbundene Erwartungen in seinem Wahlkreis, die er angesichts knapper Mittel kaum erfüllen könne. Vor diesem Hintergrund ist Deutschland weit weg - nicht nur geographisch!

(-/25.7.1990/st/ks)

Die Friedensaufgabe des Sports

Gedanken zum 65. Jubiläum der Arbeiter-Olympiade in Frankfurt am Main 1925

Von Uwe Lambinus MdB

Mitglied im Sportausschuß des Deutschen Bundestages

"Wir wollen internationale Freundschaften herstellen und festigen! Wir wollen ferner diese einzigartige Gelegenheit benutzen, um im wahrsten Sinne für den Völkerfrieden zu wirken."

Diese Sätze des Leiters der Zentralkommission für Arbeitersport und Körperpflege, Fritz Wildung, galten der Arbeiter-Olympiade, die vor 65 Jahren vom 24. bis 28. Juli 1925 im damals neu erbauten Frankfurter Waldstadion stattfand.

Der äußere Verlauf dieser internationalen Veranstaltung, an der Arbeitersportler aus elf Ländern teilnahmen, rechtfertigte die hohen Erwartungen:

Im "Festzug der Nation" durch die feierlich geschmückte Frankfurter Innenstadt, an dem mehrere 100.000 Turner und Sportler beteiligt waren, sah man keine Nationalflaggen, dafür aber Transparente mit der Aufschrift "Nie wieder Krieg", "Kämpfe für den Acht-Stunden-Tag".

"Politik und Sport war für uns kein Gegensatz. Wir haben überall, wo wir standen, für eine bessere sozialistische Gesellschaft gekämpft. Zuschauerausschreitung gab es im Arbeitersport nie", erinnerte sich unlängst Fritz Borges, Leiter des Freundeskreises ehemaliger Arbeitersportler, am Rande einer Sportbeiratssitzung der SPD.

Angesichts der nationalistischen Randalis angeblicher Fußballfans in den Weltmeisterschaftsnächten stimmt der historische Rückblick eher wehmütig. Die Fußballbegeisterung wurde in Ost und West gleichermaßen zum Resonanzboden rechtsradikaler Ausschreitungen. Das altbekannte und deshalb so gefährliche Überlegenheitsgefühl gegenüber "dem Rest der Welt" feierte feuchtfröhliche Urstände. In dieser Situation des nationalen Überschwangs, in der in Politik und Sport "Schwarz-Rot-Gold", gemischt mit dem Schwarz-Weiß-Rot der alten Reichskriegsflagge, für einige zum alleinigen Programm wird, tut es not, an die völkerverbindende, friedensfördernde Wirkung des Sports zu erinnern. Als Ort der Begegnung, als Modell friedlichen Wettstreits und der Konfliktbegrenzung bietet sportliches Handeln auch und erst recht heute Chancen, die nicht ungenutzt bleiben sollten.

Ein gelungenes Beispiel der Verbindung von sportpraktischem Handeln und friedenspolitischem Engagement in der Gegenwart war die Oder-Neiße-Friedenstour 1990 des RKB-Solidarität, eine gemeinsame Radtour von Radsportlern und Freizeitradlern, die im Zick-Zack über die deutsch-polnische Grenze führte.

Die Friedensaufgabe des Sports, die vor 65 Jahren in Frankfurt am Main im Mittelpunkt der Olympiade des Arbeitersports stand, hat nichts von ihrer Aktualität eingebüßt.

(-/25.7.1990/st/ks)

Ohne Schienenausbau kein Aufschwung Wir müssen das drohende Chaos verhindern

Von Ernst Haar MdB
Bahnpolitischer Sprecher der SPD-Fraktion im Deutschen Bundestag

Die Zeit für eine ökologische Erneuerung der Verkehrspolitik ist überreif. Die wirtschaftlichen Produktivkräfte in der DDR können sich nicht entfalten, wenn die nötige Infrastruktur fehlt. Ein effizientes und ökologisch orientiertes Gesamtverkehrssystem muß schnell in Gang kommen, um der Gefahr wachsender Perspektivlosigkeit und Verunsicherung zu begegnen. 260 Brücken auf den Hauptmagistralen des Schienennetzes der DDR müssen mit rund 2,5 Milliarden DM erneuert werden. Für den Fahrzeugpark besteht ein unabwiesbarer Bedarf an Erweiterungsinvestitionen von rund 40 Milliarden DM. Dieser Investitionsbedarf ist von existentieller Bedeutung, da die Wirtschaft nicht auf die Bahn wartet.

Notwendig ist eine nationale Verkehrswegeplanung. Wir dürfen die verhängnisvollen Fehler der bundesdeutschen Verkehrspolitik nicht wiederholen. Die Organisation eines menschenchonenden Durchgangsverkehrs bei der zu erwartenden Verzehnfachung des deutsch-deutschen Güterverkehrs ist eine große Herausforderung für Verkehrsplanung, Verkehrswissenschaft und die Verkehrspolitik. Der Immobilismus nach der alten Parole "Freie Fahrt für freie Bürger" verhindert dringend gebotene sinnvolle Entwicklungen, die den drohenden Verkehrskollaps abwenden könnten.

Wir brauchen eine breite parlamentarische Mehrheit für eine neue Verkehrspolitik, die das Verursacherprinzip in den Dienst einer volkswirtschaftlich und ökologisch ausgerichteten Verkehrspolitik stellt. Dazu gehört die Modernisierung und der Ausbau des Schienennetzes in Ost und West, die Verlagerung des Güterfernverkehrs auf die Schiene und der Ausbau des öffentlichen Personennahverkehrs in den Städten und

im ländlichen Raum. Die Maßnahmen dieses verkehrspolitischen Konzepts können solide finanziert werden durch Einsparungen beim Fernstraßenbau und durch das bei höherer Energiebesteuerung anfallende Mehrwertsteueraufkommen.

(-/25.7.1990/st/ks)

DOKUMENTATION

Die Einheit Deutschlands als Lernprozeß (Teil I)

Der niedersächsische Kultusminister Professor Rolf Wernstedt skizzierte im Rahmen des Werkstattgesprächs 'Politiklehrer und Politik-Didaktiker aus der Bundesrepublik und der DDR', das von der Bundeszentrale für politische Bildung am 6. Juli 1990 in Bad Harzburg veranstaltet wurde, seine Gedanken zur politischen Bildung in Deutschland. Wir dokumentieren seinen Vortrag im Wortlaut.

Ich spreche heute aus der Perspektive eines Politikers und Didaktikers. Dies ist besonders schwierig, da ich als Politiker parteilich sein darf und sein muß. Dies ist nicht zu verstehen im Sinne einfacher Parteilnahme, sondern werthaltiger Äußerungen.

Als Didaktiker muß ich allerdings zugleich Distanz zur eigenen Parteilichkeit halten.

Ich möchte in zehn Thesen Probleme der politischen Bildung in Deutschland formulieren:

These 1:

Politische Bildung hat in der Vergangenheit in der Bundesrepublik Deutschland in einer spezifischen Abhängigkeit zur jeweiligen aktuellen Politik gestanden.

Dies ist ein kontingenter Teil ihres Begriffs. Ihre wertmäßigen Bezugspunkte sind die Demokratie, die Grundwerte und manchmal die sie transzendierenden Momente. Als Beispiele sind Fragen der Mitbestimmung, der Notstandsgesetze, der ethischen Dimension des Paragraphen 218 u.ä. zu nennen. Die politische Bildung in der DDR hat als Staatsbürgerkunde und in anderen Fächern im Dienst der aktuellen Politik gestanden und diente als reine politische Legitimationsbeschaffung. Der Charakter der Indoktrination war unverkennbar.

These 2:

In der DDR hat es 40 Jahre lang keine Möglichkeit gegeben, in demokratischem Diskurs Meinungsbildung und Willensschulung zu betreiben. Das Ergebnis und die Fragen standen fest. Im Laufe der sich beschleunigenden Veränderungsprozesse der Welt sind in den 80er Jahren immer mehr Wirklichkeitsbereiche, objektive und subjektive, aus dem Gesichtskreis der DDR-Verantwortlichen herausgefallen. Dies betraf auch die Didaktik und die Inhalte der politischen Bildung.

Politische Bildung in der DDR hatte den Charakter einer Bunkermentalität angenommen. Bei offenen Fernsehkanälen, millionenfachen Besuchen und der Stabilisierung der Perestroika war dies eine unhaltbare Position.

Das verheerende Ergebnis war: Die starke administrative Struktur der DDR, die neurotische Stasi-Mentalität der DDR-Verantwortlichen hat millionenfaches Duckmäusertum, Ängstlichkeit, Scheu vor Eigenverantwortung und Unfähigkeit zu sachlicher und sprachlicher Differenzierung erzeugt.

Die Folge ist einerseits der Rückzug auf ein elementares Nein gegenüber allem, was aus der SED-Provenienz kommt, und gleichzeitig ein naives Vertrauen zu allem Westlichen.

(-/25.7.1990/sat/ks)

(Fortsetzung folgt in unserer nächsten Ausgabe)